



**Nr. 705**

Fakultät 1  
Institute der Fakultät 1  
Geschäftsstelle des Präsidiums (20 Ex)

Aushang

Herausgegeben vom  
Präsidenten der  
Technische Universität  
Braunschweig

Redaktion:  
Geschäftsstelle des Präsidiums  
Pockelsstr. 14  
38106 Braunschweig  
Tel. +49 (0) 531 391-4101  
Fax +49 (0) 531 391-4300

Datum: 25. August 2010

**Änderung der Ordnung über den Zugang und die Zulassung für den  
konsekutiven Masterstudiengang „Informatik“ an der Technischen  
Universität Braunschweig, Carl-Friedrich-Gauß-Fakultät**

Hiermit wird die vom Fakultätsrat der Carl-Friedrich-Gauß-Fakultät am 28.04.2010 beschlossene und vom Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur am 23.08.2010 genehmigte Änderung der Ordnung über den Zugang und die Zulassung für den konsekutiven Masterstudiengang „Informatik“ an der Technischen Universität Braunschweig hochschulöffentlich bekannt gemacht.

Die Änderung tritt am Tag nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung, am 26.08.2010, in Kraft.



# **Änderung der Ordnung über den Zugang und die Zulassung für den konsekutiven Masterstudiengang „Informatik“ an der Technischen Universität Braunschweig, Carl-Friedrich-Gauß-Fakultät**

## **Abschnitt I**

Die Ordnung über den Zugang und die Zulassung für den konsekutiven Masterstudiengang „Informatik“, Bek. vom 08.07.2009 (TU-Verkündungsblatt Nr. 610), wird auf Beschluss des Fakultätsrats der Carl-Friedrich-Gauß-Fakultät vom 28.04.2010 wie folgt geändert:

1.) § 2 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 wird der Verweis „Absätze 2 bis 5“ geändert in den Verweis „Absätze 2 bis 6“.

b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) Ziffer 3 erhält folgende Fassung:

„3. Fähigkeit zu wissenschaftlicher und methodenorientierter Arbeitsweise in der Informatik, die im Rahmen des vorangegangenen Studiums erworben und vorrangig bei der Fertigung der Bachelorarbeit eingesetzt wurde. In diesem Zusammenhang sind die Themenstellung der Bachelorarbeit (mit beigefügtem Literaturverzeichnis) anzugeben und die angewendeten Methoden bzw. eingesetzte Verfahren zu beschreiben.“

bb) Ziffer 4 erhält folgende Fassung:

„4. inwiefern die Bewerberin oder der Bewerber über sichere Kenntnisse der wissenschaftlichen Grundlagen bzw. des Basiswissens aus dem Erststudium verfügt.“

c) Es wird folgender neuer Absatz 6 angefügt:

„(6) Zur Feststellung der besonderen Eignung sind zusätzlich Kenntnisse und Kompetenzen in folgenden Bereichen nachzuweisen:

1. Basiswissen, das im Rahmen des Erststudiums durch erfolgreiche Teilnahme an entsprechenden Modulen (Lehrveranstaltungen wie Vorlesungen, Übungen, Praktika) in einem Umfang von insgesamt mindestens 60 LP entsprechenden Workload erworben wurde, in den folgenden zentralen Fächern der Informatik:

- Algorithmen und Datenstrukturen,
- Programmieren,
- Softwaretechnik,
- Softwareentwicklung,
- Theoretische Informatik,
- Logik,
- Betriebssysteme,
- Computernetze,
- Datenbanksysteme,
- Technische Informatik.

2. Basiswissen, das im Rahmen des Erststudiums durch erfolgreiche Teilnahme an entsprechenden Modulen (Lehrveranstaltungen wie Vorlesungen, Übungen, Praktika) in einem Umfang von insgesamt mindestens 20 LP entsprechendem Workload erworben wurde, in den folgenden zentralen Fächern der Mathematik:

- Lineare Algebra, Analysis, Diskrete Mathematik.

Die Nachweise sind in Form einer schriftlichen Darstellung auf maximal einer DIN A4-Seite (Schrifttyp Arial, Schriftgröße 10) - mit anhängenden Belegen/Kopien - zu führen.

Anhand der schriftlichen Darstellung wird vom Zulassungsausschuss (§ 5) die besondere Eignung festgestellt. Die Eignung ist gegeben, sofern in den unter 1. und 2. aufgeführten Bereichen Kenntnisse und Kompetenzen im geforderten Umfang nachgewiesen werden.

Die positive Feststellung kann mit der Auflage, noch fehlende Module innerhalb von zwei Semestern nachzuholen, verbunden werden. Die Auflage kann auf Antrag im ersten Semester durch individuelle Prüfung bei Vorliegen ausreichender Fachkenntnisse erlassen werden. Die Prüfung erfolgt schriftlich oder mündlich durch den jeweiligen Fachkollegen.“

- 2.) In § 4 Abs. 3 Satz 2 werden nach den Worten „bei der Hochschule eingereicht wird“ die Worte „bzw. Auflagen nach § 2 Abs. 1 und Abs. 6 nicht erfüllt werden“ eingefügt.

## **Abschnitt II**

Diese Änderung tritt nach ihrer Genehmigung durch das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur am Tag nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung in Kraft.